



In den polnischen Wäldern

In der polnisch-weißrussischen Grenzregion fallen Temperaturen in den Wintermonaten bis auf minus zwanzig Grad.

Erklärtes Ziel der EU ist die Bekämpfung von Migration. Besonders deutlich wird dies zurzeit an der polnisch-belarussischen Grenze. Fünf Aktivist:innen aus der Schweiz sind diesen Winter für mehrere Wochen in die Region gefahren, um die Situation vor Ort kennenzulernen und lokale Strukturen bei ihrer Arbeit in den Wäldern zu unterstützen. Wie brutal die Auswirkungen der EU-Politik sind, zeigt der folgende Bericht. Von Elena Weigel

Die Routen, auf denen tausende „People on the Move“ auf ihrer Suche nach Sicherheit oder Perspektiven an die europäischen Außengrenzen gelangen, verändern sich ständig. Dabei werden die Wege immer länger und gefährlicher und die Gewalt, der die Menschen begegnen, immer brutaler und systematischer. Die Entwicklungen entlang der Routen ähneln dabei einem Katz-und-Maus-Spiel: Haben Menschen einen Weg nach Europa gefunden, der noch nicht von *Frontex* oder lokalen

Grenzbeamt:innen überwacht wird, folgt postwendend die Reaktion der Behörden: Mehr Grenzbeamt:innen, stärkere Kontrollen, intensivierete Überwachung. Menschen, die es nach Europa geschafft haben, berichten immer wieder von neuen Routen. Zuletzt versuchen wieder mehr Menschen über die (spanischen) Kanaren einzureisen. Andere Wege erschlossen sich 2021 im Norden der EU über Polen, Litauen und Lettland, durch undurchdringliche Wälder, weitläufige Sümpfe und eisige Flüsse.

Migration wird gefährlicher

In der polnisch-belarussischen Grenzregion sind die Entwicklungen der letzten beiden Jahre bezeichnend für die gesamteuropäische Migrationspolitik. Das Tiefland zwischen den Flussgebieten des Bug und Prypjat erstreckt sich zwischen Polen, Weißrussland und der Ukraine und setzt sich östlich des Dnepr bis nach Russland fort. Es wird in Polen Polesie, in Belarus Palesse und in der Ukraine Polissja genannt. Seine schwer zugänglichen Sümpfe wurden schon ganzen Armeen zum Verhängnis.

Seit im August 2021 einer Gruppe von 32 Menschen aus Afghanistan und dem Irak bei Usnary Górný zwischen Polen und Belarus, bewacht von einem Militäraufgebot, die Einreise und damit das Recht, Asyl zu beantragen, verwehrt wurde, ist die Route durch diese Wälder und Sümpfe zu einem der gefährlichsten Landwege geworden. Mitte November 2021 wurde der erste Tote, ein 19-jähriger Syrer, in den Wäldern gefunden. Diese Nachricht ließ nur erahnen, was darauf folgen sollte. Bis Februar 2023 ist laut der polnischen Initiative *Grupa Granica* die Zahl auf 37 bestätigte Todesfälle gestiegen. Mehr als 300 Menschen gelten als vermisst. Was in den belarussischen Wäldern geschieht, wird kaum mehr beachtet. Die Risiken, die Schutzsuchende hier zu bewältigen haben, sind zahlreich. Eine der größten Herausforderungen sind die langen, kalten Winter. In der polnisch-weißrussischen Grenzregion fallen Temperaturen in den Wintermonaten bis auf minus zwanzig Grad. Kaum einer der Menschen, die versuchen das Gebiet zu durchqueren, ist für solche Witterungsverhältnisse ausgerüstet. Mehrere Tage im Wald zu verbringen, ist mit warmer Kleidung schon schwierig, doch viele Menschen kommen durchnässt und erschöpft in Polen an. Um über die Grenze zu gelan-

gen, müssen sie den Grenzfluss Bug überqueren oder waten durch die trügerischen Sümpfe. Unterkühlung ist Todesursache Nummer eins. Wer den reißenden Fluss zu vermeiden versucht, gräbt sich unter der 186 Kilometer langen Stahlkonstruktion durch, die Polen im vergangenen Herbst fertiggestellt hat, oder versucht, diese in über fünf Meter Höhe zu überwinden. Die dadurch verursachten Knochenbrüche oder Verstauchungen hindern die Menschen an einer schnellen Weiterreise. Die Folge: noch mehr Nächte in den eiskalten Wäldern.

In der Zeit, die es braucht, um den Wald zu durchqueren, haben Menschen kaum Zugang zu Nahrung und Wasser. Im Sommer, wenn Pilze, Pflanzen und Beeren zu finden sind, steigt die Anzahl der Lebensmittelvergiftungen. Die einzige Wasserquelle sind dann trübe Tümpel. Im Winter gibt es nicht einmal das. Neben den naturgegebenen Risiken existieren vor allem menschengemachte Gefahren. Schutzsuchende werden in den Wäldern von Polen von Grenzbeamt:innen aufgespürt, geschlagen, getreten und anderer physischer Gewalt ausgesetzt, bevor sie über die Grenze zurück nach Belarus gezwungen und dort in den Wäldern zurückgelassen werden. Telefone, Geld und Kleidung werden ihnen weggenommen oder zerstört. Neben der körperlichen erfahren Menschen auf der Flucht auch massive psychische Gewalt. Das Ziel: Sie dazu zu bringen, von einer erneuten Grenzüberquerung abzusehen. Auf belarussischer Seite werden die Betroffenen dann oft gezwungen, die Grenze zu Polen erneut zu überqueren.

Stacheldraht statt Solidarität

So wie die Knochenbrüche oder Schnittverletzungen in den podlasischen Sümpfen Resultat von Polens Stacheldraht sind, so sind die gefährlichen Migrationsrouten Er-

gebnis einer europäischen Politik, die seit Jahren sichere Korridore nach Europa schließt und stattdessen ihre Grenzen immer weiter externalisiert, Überwachungssysteme ausbaut und Grenzzaun um Grenzzaun errichtet. 5,5 Meter hoch und 187 Kilometer lang aus Stahl und Nato-Draht ist jener an der polnisch-belarussischen Grenze. Gekostet hat er 336 Millionen Euro. Und der Zaun wird stetig ausgebaut: Erst im November 2022 wurden Bewegungsmelder und Wärmebildkameras installiert.

Grenzbeamten, Polizei und auch das Militär patrouillieren in der Gegend. Sie stoppen Fahrzeuge, fragen nach Gründen des Aufenthalts und überprüfen in langwierigen Prozeduren die Identität der Angehaltenen. Auch Patrouillen der freiwilligen Armee WOT sind bewaffnet in den Wäldern unterwegs – lediglich ein sechzehntägiges Training ist notwendig um bei der Jagd auf „illegale Grenzgänger:innen“ mitzumachen. Die knapp 200 Ortschaften umfassende Sperrzone, welche die polnische Regierung im September 2021 errichtete, wurde inzwischen aufgelöst. Doch ist es nach wie vor verboten, sich dem Grenzzaun näher als 200 Meter zu nähern.

Die NGO *Association for Legal Intervention (SIP)* fasste die Entwicklungen des vergangenen Jahres in einem Bericht zusammen. Demnach kam es 2022 an der polnisch-weißrussischen Grenze weiterhin zu Zurückschiebungen. Die Push-Backs wurden unabhängig von der Nationalität oder der Schutzbedürftigkeit der betroffenen Personen durchgeführt, unter den Betroffenen, Familien mit Kindern, schwangere Frauen, ältere, behinderte und kranke Personen. Personen, die die polnisch-weißrussische Grenze irregulär überquerten, baten häufig um internationalen Schutz, doch ihre Asylanträge wurden von den pol-



nischen Behörden ignoriert. Im vergangenen Jahr erließ der polnische Grenzschutz 2.549 Entscheidungen, die eine sofortige Abschiebung von Personen anordneten, die in der Nähe der Grenze aufgegriffen wurden. Darüber hinaus registrierte der Grenzschutz 12.144 „Verhinderungen von irregulären Grenzübertritten“.

Überwachung, Polizei, Kontrolle – das ist Polens Antwort nicht nur an dessen Außergrenzen, sondern auch im Inneren des Landes. Wer in Polen einen Asylantrag stellt, wird in einem Anhaltelager eingesperrt – bis 18 Monate. In diesen Zentren, von denen es in Polen insgesamt sechs gibt, herrschen gefängnisähnliche Zustände: Es gibt immer wieder Berichte von Gewaltanwendungen durch Wärter:innen. Es fehlt an medizinischer und psychologischer Unterstützung. Menschen von außen haben nur erschwerten Zugang. Auch der Platz ist beschränkt: Zeitweise hatte jede Person nur zwei Quadratmeter zur Verfügung.

Wie die Gewalt in den podlasischen Wäldern bleibt auch vieles, was in den Anhaltelagern passiert, undokumentiert: Nur Handys ohne Kamerafunktion sind erlaubt.

Nach monatelangem Aufenthalt in diesen Hochsicherheitseinrichtungen setzen allerdings Tausende ihre Reise nach Westeuropa einfach fort, wie ein Bericht

Der Zaun wird stetig ausgebaut: Erst im November 2022 wurden Bewegungsmelder und Wärmebildkameras installiert.

der NGO *Balkan Insight* vom Februar 2023 beschreibt: „Die unmenschlichen und traumatisierenden polnischen Gefangenenlager geben nicht einmal vor, die irreguläre Migration zu kontrollieren.“ Es sei unmöglich, genau zu sagen, wie viele der von den Behörden aufgegriffenen Migrant:innen nach ihrer Inhaftierung einfach verschwinden – Anwält:innen sprechen inoffiziell von 90 Prozent. Zwischen Juli 2021 und Ende 2022 wurden so mehr als 4.700 Asylverfahren eingestellt, weil die Antragsteller:innen einfach verschwunden waren.

Scheinheiligkeit par excellence

Eine Politik, die Milliarden zur „Sicherung der EU-Außengrenzen“ investiert und nur Gewalt statt Sicherheit erzeugt, kann keine Probleme lösen, Migration nicht verhindern. Auch an der polnisch-belarussischen Grenze setzen sich „People on the Move“ täglich über die Abschottungspolitik hinweg. Ein Netzwerk von polnischen Initiativen organisiert die Unterstützung der Menschen nach der Grenzüberquerung. Über eine Notfallnummer informieren Schutzsuchende die Unterstützungsstrukturen über ihren Standort. Unterstützer:innen packen daraufhin Rucksäcke mit dem

benötigten Material und fahren mit dem Auto in den Wald. Zu Fuß, unbeobachtet von Grenzbeamt:innen, machen sie sich auf die Suche nach den Menschen und bringen ihnen, was sie brauchen: z.B. heißen Tee und Suppe, Thermounterwäsche und gute Schuhe, Schmerzmittel. Und so finden sich in den östlichen Wäldern Polens immer wieder neue Momente und Orte des Widerstands.

NEUER FALL

Erst am 12. Februar 2023 wurde die Leiche einer jungen Äthiopierin von Aktivist:innen in einem Wald auf der polnischen Seite der Grenze zu Weißrussland geborgen. Sie hatten bereits eine Woche lang nach der Frau gesucht. „Sie lag zusammengekauert auf dem Boden. Neben ihr ein christliches Gebetbuch mit Bildern von Heiligen“, berichteten die Helfer:innen. Laut der Initiative *Grupa Granica* überquerte die Frau am 3. Februar mit einer Gruppe von sechs Personen die Grenze durch einen Fluss. Drei von ihnen wurden sofort nach Weißrussland zurückgeschoben. Die übrigen vier blieben in Polen. In der Nacht fühlte sich die Frau sehr schlecht und begann, das Bewusstsein zu verlieren. Ihre Begleiter suchten bei polnischen Beamten Hilfe. Diese suchten die Frau nicht, sondern schoben die Migranten, die um Hilfe baten, zurück nach Weißrussland. Katarzyna Czarnota von der *Helsinki Foundation for Human Rights (HFHR)* bestätigt den Bericht: „Leider endete der Kontakt mit den uniformierten Beamten mit einem Push-Back und nicht mit der Hilfeleistung für eine Person in Not.“ *Grupa Granica* fordert eine Untersuchung der Umstände des Todes der Frau. Am 16. Februar berichtete die Organisation von drei weiteren Leichen, die an der Grenze gefunden wurden.

